

# Klimabündnis drängt auf Taten

In einem Brief fordern die Aktivisten den Oberbürgermeister und den Rat zu einem Umdenken bei der Klimapolitik auf. Sonst seien die Klimaziele der Stadt in Gefahr.

■ **Bielefeld.** Die Stadt Bielefeld hat sich auf die Fahnen geschrieben, bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu sein. „Dieses Ziel wird klar verfehlt“, warnt jetzt das Klimabündnis Bielefeld in einem offenen Brief, den es an Oberbürgermeister Pit Clausen (SPD), die Beigeordneten der Stadt und die Mitglieder des Stadtrates gerichtet hat.

„Der Klimawandel erlaubt kein Zögern mehr“, warnen die Unterzeichner Bernadette Bueren, Angelika Claussen, Petra Schepsmeier und Thomas von Sehlen. „Ohne sofortige und konsequente Maßnahmen werden sich unumkehrbare Veränderungen in den Ökosystemen ergeben, die das Leben für viele Menschen und Arten bedrohen.“ Schon jetzt nähme besonders in Städten die Zahl der Todesopfer durch Hitze deutlich zu, täglich verringere sich die Artenvielfalt – auch in Bielefeld. „Ein Veränderungsprozess muss sofort eingeleitet werden, um noch zu retten, was es zu retten gibt.“

Obwohl Bielefeld im Juli 2019 den Klimanotstand ausgerufen hat, habe das Klima-

bündnis Bielefeld, in dem sich rund 30 Organisationen zusammengeschlossen haben, „keine wirklich relevanten Maßnahmen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes und zum Schutz der Arten in Bielefeld feststellen können. Vielmehr würden „folgenreiche Straßenbauprojekte“ wie die L712n, die B61n und die Pläne für eine vierspürige Herforder Straße vorangetrieben.

Zudem würden auch weiterhin Gewerbeflächen in Wasser- und Naturschutzgebieten geplant und alte Bäume gefällt. „Wir sind in großer Sorge, dass dringend erforderliche Maßnahmen verzögert oder zu spät ergriffen werden und die Akzeptanz bei wichtigen Interessengruppen und einem Teil der Bevölkerung für die Umsetzung wirksamer Maßnahmen fehlt“, heißt es in dem offenen Brief.

Die Unterzeichner rufen die Entscheider im Rathaus dazu auf, die angestrebte Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 „als Herausforderung anzupacken“. Ein „weiter wie bisher“ würde dabei nicht funktionieren. Seien in der Vergangen-

heit viele „gut gemeinte Maßnahmen“ am Widerstand einzelner Interessensgruppen gescheitert oder wurden aufgrund der Proteste verzögert und verwässert, so sei dies auch bei der Verabschiedung des Handlungsprogramms und der Umsetzung zukünftiger Maßnahmen zu befürchten. „Bielefeld braucht neue Wege, die Menschen bei diesen einschneidenden Veränderungen zu informieren und mitzunehmen“, fordern die Unterzeichner des offenen Briefes. Denn Klimaschutz sei in Verbindung mit den „dringend notwendigen Transformationsprozessen als allererstes ein Kommunikationsprozess“.

Viele Kommunen hätten dies begriffen und versuchten über Konzepte repräsentativer Bürgerbeteiligung, Bürgerinnen und Bürger zu informieren und die Akzeptanz von Verhaltensänderungen für den Klimaschutz zu erreichen. „Wir sehen es als einen schweren Fehler an, dass dies in Bielefeld bei der Überarbeitung des Handlungsprogramms und bei der künftigen Umsetzung von Maßnahmen bis-

lang nicht eingeplant wird.“

Nach der Auffassung der Unterzeichner müsse die Bürgerbeteiligung intensiviert und mit neuen Formaten zeitgerecht gestaltet werden – und zwar bevor das Handlungskonzept im Rat verabschiedet werde.

Der sechste Bericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) dieses Jahres finde in der „Zusammenfassung für die politische Entscheidungsfindung“ deutliche Worte: „Einige künftige Veränderungen sind unvermeidbar und/oder unumkehrbar, können aber durch eine tiefgreifende, rasche und anhaltende Minderung der globalen Treibhausgasemissionen begrenzt werden.“ Deshalb fordert das Klimabündnis Bielefeld von den städtischen Entscheidern ein deutlicheres Gegensteuern: „Wir appellieren an Sie, auf mehr Transparenz, mehr Beteiligung, mehr Tempo und mehr Konsequenz beim kommunalen Klimaschutz hinzuwirken.“

